

Das neue energiepolitische Programm ist lanciert

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie extra**

Band (Jahr): - **(2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-638183>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von Energie 2000 zu EnergieSchweiz:

Das neue energiepolitische Programm ist lanciert

Mit 51 Veranstaltungen in allen Landesteilen – die Seiten 2 bis 5 zeigen Stimmungsbilder auf, geben Meinungen wieder und spiegeln das Presseecho – ist EnergieSchweiz am 30. Januar 2001 lanciert worden. An der Pressekonferenz in Bern unterstrich Bundespräsident Moritz Leuenberger die zentrale Rolle von EnergieSchweiz für die Einleitung einer nachhaltigen Energieversorgung. Hinter dem Nachfolgeprogramm von Energie 2000 stehen der Bund, die Kantone, Gemeinden, die Wirtschaft und Umweltorganisationen.

EnergieSchweiz setzt sich zum Ziel, die zur Verfügung stehenden energieeffizienten Technologien und erneuerbaren Energien möglichst breit einzusetzen – auch zum Vorteil der Wirtschaft. Wie der Bundespräsident betonte, soll damit ausserdem die Versorgungssicherheit erhöht werden. Dieses Anliegen habe angesichts der sich öffnenden Märkte und der nach wie vor hohen Erdölabhängigkeit der Schweiz einen hohen Stellenwert.

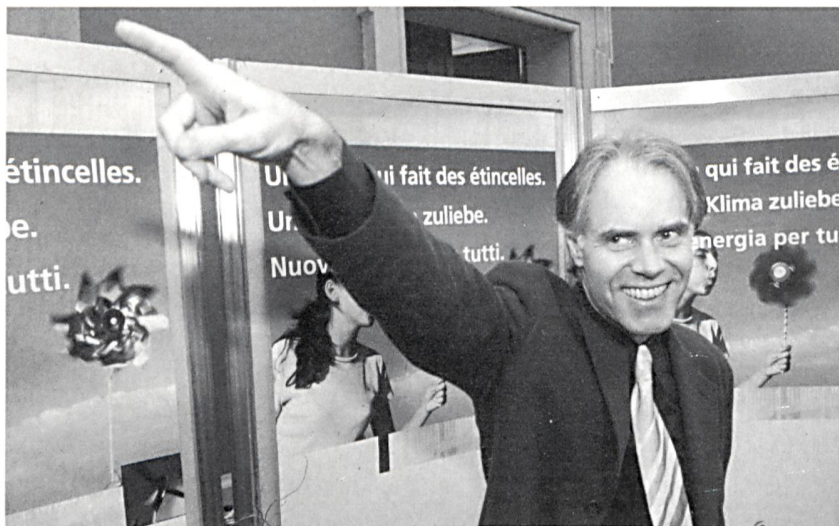
CO₂-Ziel erfordert zusätzliche Anstrengungen

Wie Leuenberger erklärte, genügt eine einfache Fortsetzung des bisherigen Programms Energie 2000 allerdings nicht, um eine nachhaltige Energieversorgung zu erreichen. Denn unter Status-quo-Bedingungen (Energiegesetz und freiwillige Massnahmen gemäss Energie 2000) sei bei den CO₂-Emissionen bestenfalls eine Stabilisierung, nicht jedoch die auf Grund des CO₂-Gesetzes erforderliche Verminderung um zehn Prozent zu erwarten. Die Schweiz hat sich verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis im Jahre 2010, verglichen mit 1990, um zehn Prozent zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, seien zusätzliche Massnahmen unumgänglich.

Als Erstes müsse – so der Vorsteher des UVEK – mit freiwilligen Massnahmen eine wesentlich stärkere Wirkung angestrebt werden. Entsprechende Verpflichtungen müssten die vom Energie- und CO₂-Gesetz vorgesehenen Agenturen eingehen. Dabei haben sich das UVEK und die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) auf ein gemeinsames Vorgehen und einige Grundsätze geeinigt. Danach sollen die Vereinbarungen für die Umsetzung des CO₂-Gesetzes das Wachstum der beteiligten Branchen nicht behindern. Auch sollen jene Branchen und Unternehmen, welche die vereinbarten Ziele erreichen, gemäss CO₂-Gesetz von einer allfälligen CO₂-Abgabe befreit werden.

Kantone konzentrieren sich auf den Energieverbrauch in den Gebäuden

Regierungsrat Pierre Kohler (JU), Präsident der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren, erläuterte die Strategie der Kantone im Programm EnergieSchweiz. Diese wollen sich im Vergleich zu Energie 2000 noch stärker engagieren und



Richtungweisend an der Pressekonferenz: Bundespräsident Moritz Leuenberger.

Autos und Geräte sollen weniger Energie verbrauchen

Schwieriger seien verpflichtende Vereinbarungen im Verkehr und bei den privaten Haushalten. Die Warendeklaration für Personenwagen und Geräte solle auf Grund der bestehenden EU-Richtlinien eingeführt und damit die nötige Transparenz geschaffen werden. Kürzliche Gespräche mit den betroffenen Branchen hätten eine breite Unterstützung der Ziele und die Bereitschaft zur Mitwirkung aufgezeigt, sagte Leuenberger. In den kommenden Monaten gehe es nun darum, ehrgeizige und verbindliche Ziele zu vereinbaren.

Auf Grund jährlicher Bilanzen werde der Bundesrat entscheiden, ob und welche Massnahmen zur Zielerreichung noch ergriffen werden müssen. Im Vordergrund stehen Verbrauchsvorschriften für Geräte und Motorfahrzeuge sowie (frühestens 2004) eine CO₂-Abgabe. Diese werde umso geringer ausfallen, je mehr mit freiwilligen Massnahmen und Vorschriften erreicht werden könne, schloss der Bundespräsident.

ihre Aktivitäten besonders auf den Gebäudebereich konzentrieren. Priorität habe dabei die Senkung des Energieverbrauchs in bestehenden Bauten, vor allem durch Umsetzung des MINERGIE-Standards. Der verbleibende Energiebedarf sei mit einem möglichst hohen Anteil erneuerbarer Energien zu decken.

Rudolf Ramsauer, Präsident der EnAW, bekräftigte den Willen der Wirtschaft, die klimapolitischen Zielsetzungen des Bundes und eine nachhaltige Energiepolitik zu unterstützen. Dabei bilden freiwillige Massnahmen der Wirtschaft einen wesentlichen Bestandteil. Es ist vorgesehen, dass die EnAW mit dem Bund eine Vereinbarung über die Begrenzung der CO₂-Emissionen abschliesst, womit auch eine Befreiung von einer allfälligen CO₂-Abgabe verbunden wäre. Die Aktivitäten der bisherigen Energie-2000-Ressorts für Grossverbraucher, kleine und mittlere Unternehmen sowie komplexe Betriebsoptimierung sollen verstärkt werden.

Elektrizitätsmarktgesetz öffnet neue Chancen

Ständerat Bruno Frick, Co-Präsident der Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE), unterstrich die grosse Bedeutung von EnergieSchweiz für die zahlreichen Mitglieder der AEE aus dem Kreise der erneuerbaren Energien und der Haustechnik. Die neuen Möglichkeiten des vom Parlament im Dezember verabschiedeten Elektrizitätsmarktgesetzes zu Gunsten der erneuerbaren Energie seien auszuschöpfen, besonders die sofortige Gratsdurchleitung sowie die Kennzeichnung des Stroms aus erneuerbaren Energien. EnergieSchweiz sei von allen Partnern als Plattform zu nutzen, um energieeffiziente Technologien und die erneuerbaren Energien zu fördern. Diesen Zweck verfolge die AEE über eine Koordination ihrer Mitglieder, ein gemeinsames Dachmarketing und ihren Einsatz für die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz.

Und das will EnergieSchweiz

Vorab die wichtigen, nicht quantifizierbaren Ziele: EnergieSchweiz will ein ausgeprägtes Energiebewusstsein in der Bevölkerung als Voraussetzung für freiwillige Massnahmen entwickeln, die engere Zusammenarbeit aller Akteure fördern und Innovationen in allen Bereichen unterstützen und damit die schweizerische Wirtschaft stärken.

Dazu braucht es u.a. Markttransparenz und überzeugende Informationen.

Klare quantitative Ziele

Quantifizierte Ziele für die Energiepolitik wurden in der Schweiz erstmals mit dem Aktionsprogramm Energie 2000 vorgegeben. Diese haben sich als einfache und klare politische Richtgrössen bewährt, auf die sich alle Teilnehmer berufen und ausrichten konnten. Deshalb geht EnergieSchweiz ebenfalls von quantitativen Zielen aus.

Die Ziele von EnergieSchweiz für das neue Jahrzehnt sind vorgegeben durch die Bundesverfassung, das Energie- und das CO₂-Gesetz sowie die schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klimakonvention. Unter der Voraussetzung einer verstärkten Politik lauten sie wie folgt:

- Zwischen 2000 und 2010 sollen der Verbrauch fossiler Energien und der CO₂-Ausstoss um zehn Prozent sinken.

Ausgezeichnete Produkte von EnergieSchweiz

Bei der Lancierung von Energie Schweiz in Bern hat Bundespräsident Moritz Leuenberger stellvertretend für viele andere Projekte drei Produkte von Energie 2000 ausgezeichnet.

Energiestadt Vevey

Die Energiestadt Vevey wurde als Symbol für die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden ausgewählt. Nationalrat Yves Christen, Stadtpräsident von Vevey, erhielt für seine Stadt das Label Energiestadt, d.h. das Gütesiegel für eine beispielhafte kommunale Energiepolitik. Von 91 definierten energiepolitischen Massnahmen hat Vevey 54% umgesetzt und damit die erforderliche Limite von 50% überschritten. In den ersten fünf Jahren hat die Stadt 4% Energieeinsparungen erzielt. Dies freut auch die Gemeindekasse, denn mit 230 000 Franken Investitionen wurden in dieser Zeit die städtischen Energiekosten um über eine halbe Million Franken vermindert. Insgesamt haben die 46 schweizerischen Energiestädte letztes Jahr mehr als 70 000 t Erdöl – was 700 Eisenbahnwagen entspricht – eingespart und damit die dritthöchsten Einsparungen aller Energie-2000-Produkte erzielt.

Veloland Schweiz

Veloland Schweiz wurde als Symbol für eine nachhaltige Mobilität mit einem Preis bedacht. Veloland hat mit Unterstützung von Energie 2000 neun signalisierte Velotourrouten durch die ganze Schweiz erstellt. Das Projekt hat 1999 einen touristischen Umsatz von 140 Mio. Franken sowie 330 000 Übernachtungen erbracht und im letzten Jahr 900 Tonnen Benzin gespart. Veloland will sich weiterentwickeln als Partner und Modell für ein naturnahes Netzwerk einer nachhaltigen kombinierten Mobilität. Bis 2010 sollen damit die Einsparungen mit einem Faktor 50 multipliziert werden, indem 30% des gesam-

ten Sparpotenzials ausgeschöpft werden. Bundespräsident Leuenberger bezeichnete Veloland als ein besonders zukunftsträchtiges Produkt für EnergieSchweiz. Er überreichte die Auszeichnung Dr. George Ganz vom Stiftungsrat Veloland.

Das Energiemodell Schweiz

Das Energiemodell Schweiz diente als Symbol für wirksame freiwillige Anstrengungen der Wirtschaft im Energiebereich. Stellvertretend für das Energiemodell Schweiz wurde dessen Vorläufer, das Energiemodell Zürich, ausgezeichnet. Diese Gruppe von 13 Unternehmen hat in sechs Jahren entgegen dem Trend etwa 30% Strom oder 120 Gigawattstunden gespart. Das entspricht dem Elektrizitätsverbrauch der Stadt Dübendorf. Die beteiligten Unternehmen sparten so während diesen sechs Jahren etwa 20 Mio. Franken. Das Energiemodell Schweiz wird gegenwärtig in 25 Gruppen mit je etwa 10 Unternehmen angewendet. Damit erfasste Energie 2000 etwa 30% des gesamten industriellen Energieverbrauchs. Jede Gruppe fixiert sich ein Energieeffizienzziel, setzt dieses in Gemeinschaftsarbeit um und zieht jährlich Bilanz. Dieses Modell hat sich zum erfolgreichsten Produkt von Energie 2000 entwickelt. Im Jahre 2000 wurden damit 900 grosse Eisenbahnwagen Erdöl und der Stromverbrauch der Stadt Biel eingespart. Und dies für nur 0,02 Rappen Bundesmittel pro eingesparte Kilowattstunde. Das Modell wird nun von der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) übernommen und von ihr weiterentwickelt. Bundespräsident Leuenberger überreichte die Auszeichnung Gody Müller, dem «Vater» des Energiemodells.



- Der Elektrizitätsverbrauch darf höchstens um fünf Prozent wachsen.
- Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien soll weiter steigen, und zwar um 0,5 Terawattstunden (TWh) oder 1 Prozentpunkt an der Stromerzeugung und um 3 TWh oder 3 Prozentpunkte an der Wärmeerzeugung.
- Der Anteil der Wasserkrafterzeugung am Endverbrauch darf nicht sinken – trotz der Öffnung des Elektrizitätsmarktes.

Ziele von EnergieSchweiz

Bereich	Anteil am Endverbrauch (1999)	ZIELE 2010 ¹⁾	
		Status-quo-Politik (EnG, E2000)	Verstärkte Politik ³⁾ (CO ₂ -G, eCH, EMG)
Rationelle Energieverwendung			
– Verbrauch fossiler Energien ²⁾	72,3%	+2%	–10% ⁴⁾
– CO ₂ -Emissionen ²⁾	ab 1990	stabil	–10%
aus Brennstoffen		–8%	–15%
aus Treibstoffen		+12%	–8%
– Elektrizitätsverbrauch	21,4%	+10%	≤ +5% ⁴⁾
Erneuerbare Energien			
Wasserkrafterzeugung	13,0%	stabil?	stabil
Übrige erneuerbare Energien	9,5 TWh		
– Elektrizität	(3,1%)	+0,37 TWh ⁵⁾	+0,5 TWh
– Wärme		+2,10 TWh ⁵⁾	+3,0 TWh

1) Vergl. mit 2000; Wirtschaftswachstum 1998–2010: 2,2%/a.

2) Ohne Auslandflüge; Inlandprinzip gemäss CO₂-Gesetz

3) Zur Erreichung der CO₂- und EnergieSchweiz-Ziele sind neben verstärkten freiwilligen Massnahmen zusätzliche Anreize und Vorschriften erforderlich

4) Freiwillige Massnahmen sollen im Jahr 2010 5% Einsparungen bringen (d.h. doppelt so viel wie Energie 2000)

5) Resultat Energie 2000

So werden die Ziele erreicht: Strategien, Instrumente und Massnahmen

Grundsätzlich soll eine möglichst grosse Wirkung durch freiwillige Massnahmen erzielt werden, damit auf neue Vorschriften und eine CO₂-Abgabe so weit wie möglich verzichtet werden kann. Auf Grund der Erfahrungen mit Energie 2000 wird das indessen nicht genügen. Zusätzliche Massnahmen sind darum erforderlich. Mit EnergieSchweiz werden angestrebt:

- 1. Zusammenarbeit** mit privaten Organisationen (Agenturen) zur Umsetzung freiwilliger Massnahmen auf der Basis von Leistungsaufträgen und Vereinbarungen
- 2. Förderprogramme:** Globalbeiträge gemäss Energiegesetz an die Kantone; ein Beispiel ist auch das Lothar-Holzförderprogramm 2000–2003 im Betrag von 45 Mio. Franken
- 3. Überdachende und flankierende Massnahmen** zur Auslösung freiwilliger Massnahmen und zur Begleitung der Förderprogramme: Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, Aus- und Weiterbildung, Qualitätssicherung (Labels und Standards); begleitende Forschung, Entwicklung, Pilot- und Demonstrationsprojekte

4. Vorschriften, insbesondere Warendeclarationen sowie Zielwerte und Vorgaben über den Energieverbrauch von Motorfahrzeugen, Geräten und Gebäuden

5. Anreize, v.a. im Verkehrsbereich

6. Sofern zur Erreichung des CO₂-Ziels nötig: CO₂-Abgabe (frühestens 2004)

Zu Punkt 4 «Vorschriften» sind erste Fortschritte zu verzeichnen. Im Gebäudebereich wollen die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Kompetenz bei der Gesetzgebung und im Vollzug von Vorschriften über den Energieverbrauch vermehrt ausschöpfen.

Was den Verkehr und die Geräte betrifft, werden gegenwärtig Gespräche mit den betroffenen Branchen und Organisationen geführt.

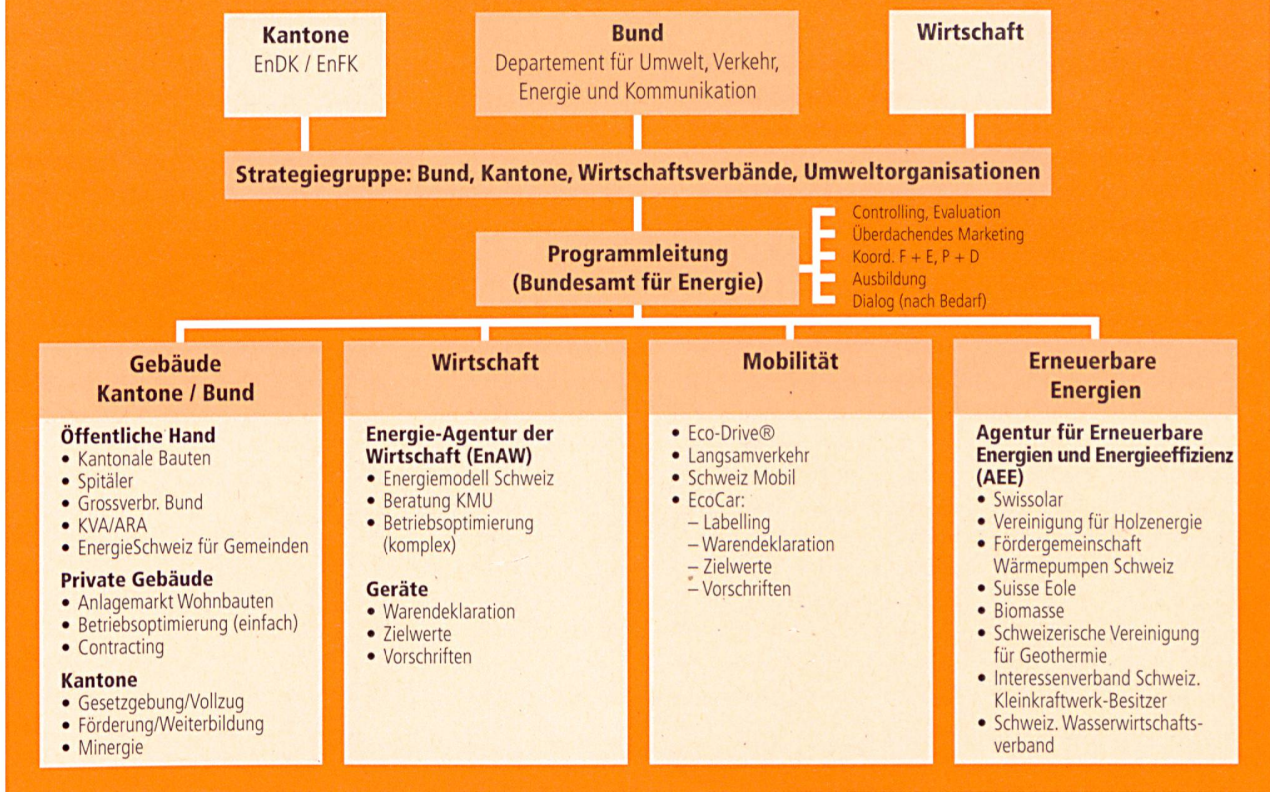
Sie zeigen, dass die Ziele und die freiwilligen Massnahmen von EnergieSchweiz weiter unterstützt werden.

Kaum umstritten ist auch die Warendeclaration für Geräte und Motorfahrzeuge, basierend auf den EU-Richtlinien. Sie ist notwendig im Sinne einer Dienstleistung für Konsumentinnen und Konsumenten und zur Schaffung von Transparenz.

Nach den Erfahrungen mit Zielwerten im Rahmen von Energie 2000 sind andere Massnahmen erforderlich. Für die Geräte wurden die festgelegten Ziele in keiner Kategorie vollständig erreicht, und für die Motorfahrzeuge sieht es ähnlich aus. Deshalb werden für diese beiden Bereiche nötigenfalls Verbrauchsvorschriften eingeführt.



Organigramm EnergieSchweiz



Die Organisation von EnergieSchweiz

Die Organisation von EnergieSchweiz stützt sich auf die von Bundesverfassung und Gesetzen vorgegebene **Aufgabenteilung**.

- Der **Bund** ist verantwortlich für die Koordination des Programms, für Vorschriften über Geräte und Motorfahrzeuge.
- Die **Kantone** sind zuständig für die Gesetzgebung und den Vollzug gesetzlicher Massnahmen im Gebäudebereich sowie für Förderprogramme gemäss Energiegesetz.
- Die **Agenturen** sind ausführende Organe gemäss Energie- und CO₂-Gesetz. Grosses Gewicht wird auf die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und der Wirtschaft gelegt.

Die Führungsebene umfasst den **Bundesrat** bzw. den **Vorsteher des UVEK** als politisch zuständige Behörde, welche die **Oberhoheit** über das Programm ausübt und über die Grundausrichtung, die politischen Ziele und den energiepolitischen Dialog wacht.

Die **operationelle Leitung** obliegt dem BFE, das seine Organisation den Bedürfnissen des Programms angepasst hat und für die hoheit-

lichen Aufgaben auf Bundesebene zuständig ist. Die Programmleitung im BFE ist verantwortlich für die Koordination des Programms. Sie betreut die Kontakte mit den Kantonen und Agenturen, die Forschung und Entwicklung, die Aus- und Weiterbildung sowie die Umsetzung der Programme. Insbesondere gehören dazu das überdachende Marketing (inkl. Information und Kommunikationsstrategie), das Controlling sowie eine neutrale Evaluation des Programms. Aufgabe des Programmleiters ist es zudem, die Programmaktivitäten gesamtschweizerisch zu koordinieren.

Der Auftritt von EnergieSchweiz

EnergieSchweiz schreibt sich ohne Zwischenraum.

Der Auftrag ist klar: EnergieSchweiz will ein ausgeprägtes Energiebewusstsein in der Bevölkerung als Voraussetzung für freiwillige Massnahmen entwickeln. Was es dazu braucht, wurde auch schon einmal gesagt: Markttransparenz und klare Informationen – und einen guten Wiedererkennungswert. Dafür hat EnergieSchweiz eine «Markenpersönlichkeit» entwickelt. Und die zeichnet sich durch Konsistenz und Unverwechselbarkeit aus und bildet so eine Basis für eine integrierte Gesamtkommunikation.

Auffälligster Teil im dreiteiligen Markenzeichen von EnergieSchweiz ist das kleine e – für Energie, für energiebewusst, für Energiepartner, für Energieeffizienz. Und für wirkliche Energiequalität. Das e steht für das Programm EnergieSchweiz und für das Bundesamt für Energie, das im Hintergrund für dessen Umsetzung sorgt. Das e soll aber auch zum kompetenten Label für alle Energiebelange werden. Bei Herstellern/Verkäufern trägt es zur (Firmen-)Proflierung bei. Und beim Verbraucher soll es den Käuferentscheid beeinflussen, für Glaubwürdigkeit sorgen und gleichzeitig einen Nachfrage-Druck an den Hersteller/Verkäufer auslösen. Tragen darf dieses e aber nur, wer eine Auszeichnung oder eine Kennzeichnung verdient. Das e ist also immer Garant für einen Mehrwert.

